

Dennis Eversberg

„Bringing Capitalism back in“ – Arbeitssoziologie und Kapitalismustheorie
Jena, 7.- 8. Oktober 2009

Konferenzbericht

In der Presse ist es schon seit längerer Zeit, spätestens aber seit Ausbruch der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise unübersehbar: Die Rede vom Kapitalismus ist wieder hoffähig geworden. Seit den „postideologischen“ 90er Jahren war es weitgehend in den Ruch der politischen Polemik gekommen, offen vom Kapitalismus – statt, vordergründig neutraler, von der „Marktwirtschaft“ – zu sprechen. Freilich scheint dies eher der diffusen Ahnung sozialer und ökologischer Risiken angesichts aktueller Krisen geschuldet als einem neuen Bewusstsein des analytischen Werts des Begriffs. „Kapitalismus“ auch in der Arbeitssoziologie erneut als zentrale Analysekategorie zu etablieren und auf die Gegenstände und Fragestellungen der Disziplin anzuwenden, war Ziel der Jenaer Konferenz „Bringing Capitalism back in – Arbeitssoziologie und Kapitalismustheorie“, die Anfang Oktober vom neugegründeten Jenaer Zentrum für interdisziplinäre Gesellschaftsforschung (JenZiG) in Zusammenarbeit mit dem Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) und dem Münchner Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) veranstaltet wurde. Das mit über 170 Teilnehmenden unerwartet große Interesse gab dieser Intention Recht.

Die Herausforderungen an eine auch in der Gegenwart diagnosefähige kritische Kapitalismustheorie wurden schon im eröffnenden Plenum deutlich. Den Auftakt machte JenZiG-Initiator Klaus Dörre mit einer Begründung seiner auf Rosa Luxemburg verweisenden und in Auseinandersetzung mit David Harvey geschärfte These der „neuen Landnahme“, auf die er zugleich die aus seiner Sicht gegenwärtig zentralen Anforderungen an eine kapitalismuskritische Arbeitssoziologie bezog. Zentral sei zunächst, „Kapitalismus“ nicht wie im Kontext institutionalistischer Ansätze als „Modell“ einer nationalen Ökonomie zu betrachten, das je nach Kontextbedingungen unterschiedlich ausfällt und dessen Varianten durch international vergleichende soziologische Forschung zu erfassen wären. Vielmehr müsse man sich auf seinen Kern als bis in betriebliche Mikroverhältnisse hineinwirkende, dynamische *soziale Formation* besinnen und diesen wieder zum Gegenstand machen. Dass der Kapitalismus bis heute nicht an seinen eigenen Widersprüchen zugrunde gegangen sei, verdanke er seiner Fähigkeit, sich mittels des Mechanismus der Landnahme nicht nur – wie von Luxemburg angenommen – bis zur Kolonisierung des gesamten Globus, sondern durch eine ständige Dynamik von Kommodifizierung und Dekommodifizierung, Einnahme und Preisgabe geografischer und sozialer 'Gebiete' stets aufs neue und ohne Aussicht auf ein Ende zu reproduzieren. Festzuhalten sei: „Die kapitalistische Entwicklung folgt nicht einfach der Logik von zunehmender Rationalität und Effizienz, sondern sie beruht immer zugleich auf Irrationalität, Zerstörung und Gewalt.“ Spezifisch für die gegenwärtige finanzkapitalistische Landnahme sei dabei, dass das relativ autonome, dominante Anlagekapital markt-begrenzende Institutionen immer weitergehend einnehme, so dass die entstandene finanzkapitalistische Formation in der Lage sei, die Wettbewerbslogik in die Gesellschaft hinein zu transferieren und zu verallgemeinern. Zu dechiffrieren sei die neue Landnahme

als eine *regressive Modernisierung*, insofern die Vermarktlichung ihre eigenen Voraussetzungen, namentlich nicht-marktförmige Strukturen und Verhaltensweisen, auffresse und so erneut Krisen und Vernichtung erzeuge. Dies zeige sich etwa an der jahrzehntelangen Blockierung einer überfälligen ökologischen Erneuerung. Gerade an diesem Punkt knüpft auch Dörres zentrale Schlussfolgerung in politischer Richtung, namentlich der Vorschlag eines *ökologischen New Deal*, an: In der gegenwärtigen Situation müsse es um die Erzwingung eines anderen *modus operandi* der Landnahme gehen – der etwa Dekommodifizierung und Investitionsprogramme für ökologischen Umbau als Voraussetzungen für einen krisenüberwindenden neuen Wachstumszyklus beinhalten müsse. Ein solcher, letztlich auf Bestandssicherung zielender Richtungswechsel könne aber nur von außen, durch radikale Kapitalismuskritik, angestoßen werden, die institutionalisierten Formen der Konfliktbearbeitung könnten dies nicht mehr leisten. Für die Arbeitssoziologie könne das Paradigma vom Finanzkapitalismus Grundlage einer Suchstrategie nach einer den Verhältnissen angemessenen Kapitalismustheorie werden.

Auf Dörres Entwurf antworteten Dieter Sauer (ISF) und Volker Wittke (SOFI). Sauer blickte zunächst zurück auf die Konjunkturen der Kapitalismustheorie in den letzten Jahrzehnten. Hatte sie in den 70er Jahren, mitunter ausgearbeitet in monumentalen Begriffsgebäuden, der Industriesoziologie weniger als eigener Forschungsgegenstand denn als Bezugsrahmen gedient (der sich für die Münchner in Anwendungen wie etwa der Theorie der Arbeitsmarktsegmentation konkretisierte), wandte man sich in den 80er Jahren nicht nur von diesen Großentwürfen, sondern vielmals auch von gesellschaftstheoretischer Fundierung der eigenen Arbeiten überhaupt ab. Erst in jüngster Zeit erneuere sich das Interesse. In ein angemessenes Verständnis von Kapitalismus könne diese erneute Konjunktur aber nur münden, wenn dessen dialektisch-dynamischer Charakter als historisch gewordene Formation ins Zentrum gestellt werde, deren Manifestationen in und Wechselwirkung mit den konkret untersuchten Mikroverhältnissen im Betrieb und anderswo zu untersuchen seien. So verstanden, stelle sich die Frage: „War die Industriesoziologie je dialektisch?“ Am ISF sei dies jedenfalls immer der Anspruch gewesen, der sich in den entwickelten Begriffen (Vermarktlichung, Entgrenzung, indirekte Steuerung) auffinden lasse. Praktische Anwendungen der Kritik seien zunächst in einer revitalisierten, tradierte Gegensätze überwindenden Arbeitspolitik möglich – für die Wissenschaft aber müsse die Wiederentdeckung des dialektischen Charakters und der damit verbundenen Unbeherrschbarkeit des kapitalistischen Herrschaftsverhältnisses in erneute Anstrengungen zum Begreifen dieses Verhältnisses münden.

Wittke schließlich betonte vor allem die Bedeutung der *sozialen Formung* der Faktoren Kapital und Arbeitskraft sowie der Beziehungen zwischen Unternehmen: Bedingungen wie Corporate Governance, strukturierende Wertvorstellungen, Formen der industriellen Beziehungen und zunehmend auch Arbeitsmarktpolitik brächten Unterschiede in der Ausgestaltung des Kapitalismus hervor, die die Analyse spezifischer Konstellationen erforderten und es auch rechtfertigten, im Plural von „Kapitalismen“ zu sprechen. Dennoch könne das nicht darauf hinauslaufen, sich den „Varieties of Capitalism“-Ansatz zu eigen zu machen, berge dieser doch immer die Gefahr, die betrieblichen Einzelverhältnisse aus dem Modell abzuleiten, so dass die Industriesoziologie auf die Aufgabe reduziert werde, generelle Entwicklungstrends „kleinzuarbeiten“. Demgegenüber müsse das empirisch Beobachtete immer als Ergebnis sozialer Prozesse verstanden werden, die weder auf eine allgemeine kapitalistische Logik noch auf die eines nationalen „Modells“ zu reduzieren, sondern immer auch als Produkt eines spezifischen Kontextes „unterhalb“ dieser Ebene zu verstehen seien. Kapitalismustheorie müsse auch der Heterogenität sozialer Prozesse

und dem Eigensinn der Menschen Raum einräumen, weshalb es zugleich auch heißen müsse „Bringing labour back in!“

In den auf das Auftaktplenum folgenden Panelphasen wurde eine große Vielfalt an Themen und Fragestellungen abgehandelt – in zweimal vier parallelen Panels kamen insgesamt fast 40 ReferentInnen zu Wort. Dabei hatten sich die OrganisatorInnen besonders auch um eine große Pluralität von Sichtweisen bemüht.

Der Nachmittag des ersten Tages stand unter der Überschrift „Bringing labour back in“, diskutiert wurde parallel über die kapitalismusanalytischen Potentiale verschiedener soziologischer Ansätze. Je ein Panel beschäftigte sich mit der Regulationstheorie (Panel 2), dem Finanzmarktkapitalismus-Paradigma (Panel 3), den Theorien funktionaler Differenzierung (Panel 4) sowie dem „Varieties of Capitalism“-Ansatz (VoC) (Panel 1). Das letztere Panel konnte direkt an bereits von Dörre und Wittke eingebrachte Impulse anknüpfen. Der entscheidende, wenn auch selbst nicht anwesende Stichwortgeber war freilich Wolfgang Streeck, auf dessen aktuelles Buch auch das Motto der Konferenz anspielte. Zustimmen wollte der mit ihm assoziierten institutionalistischen Perspektive freilich niemand so recht, vielmehr wurden eine ganze Reihe von schwerwiegenden Kritikpunkten am VoC-Ansatz im Allgemeinen wie an Streeck im Besonderen formuliert. Katharina Bluhm (Osnabrück) plädierte gegen ein vorschnelles Verwerfen des VoC-Ansatzes und nannte als Stärken die Verknüpfung von zuvor getrennten Debatten über verschiedene institutionelle Sphären und ein nicht-deterministisches Verständnis des Zusammenspiels von Unternehmensstrategie und institutioneller Steuerung. Zugleich wandte sie aber ein, dass das Denken in „Modellen“ den Charakter des Kapitalismus als soziale Formation zu wenig berücksichtige und dass die VoC-Literatur Koordination zu einseitig als etwas Positives diskutierte. Gerade in der Forschung zu Osteuropa trete demgegenüber immer wieder die „dark side of coordination“ in Korruption und verwandten Phänomenen zutage, und auch am deutschen Beispiel werde übersehen, dass trotz des Fortbestehens der Formen von Koordination die Kosten ihrer Aufrechterhaltung gestiegen seien und sich ihre Inhalte verändert hätten. Steffen Lehndorff (IAQ Duisburg-Essen) erklärte VoC zur „Wiederauferstehung des neoklassischen Paradigmas in anderem Gewand“, weil die Kritik an der neoliberalen Vorstellung eines „one best way“ nur so weit führe, durch Identifikation institutioneller Komplementaritäten auf internationaler Ebene die Möglichkeit verschiedener „bester Wege“ zu eröffnen. Arbeit hier wieder stärker zu berücksichtigen, würde bedeuten, die dem konstatierten Veränderungsdruck zugrunde liegenden Klassengegensätze zugrunde zu legen und politische Kräfteverhältnisse aufzuzeigen, statt zeitweilige Kompromisse als „Modelle“ zu reifizieren. Auf dieser Grundlage seien Vergleiche jedoch möglich und sinnvoll. Der Jenaer Wohlfahrtsstaatsforscher Stephan Lessenich wies darauf hin, dass es nach dem Selbstverständnis der VoC-Literatur eigentlich „Varieties of market economy“ heißen müsste – man beschäftige sich mit den Varianten von institutionalisiertem Markthandeln. Arbeit sei dabei schon deshalb ein blinder Fleck, weil VoC die wissenschaftliche Materialisierung eines politisch-wirtschaftlichen common sense sei, der alles vom Unternehmen aus denke. Arbeit und Kapitalismus „wieder hereinzubringen“ verlange, auch die Sozialpolitik als institutionellen Niederschlag der Stärke oder Schwäche der Arbeit im Kapitalismus zum Gegenstand zu machen. Das führe dann zu einer als „Varieties of Exploitation“ (oder auch positiv „... of Empowerment“) apostrophierbaren Perspektive mit transformatorischer Zielrichtung. In der weiteren Debatte kamen noch eine Reihe zusätzlicher Kritikpunkte (Eurozentrismus, Elitismus, Fixierung auf die nationale Ebene) zur Sprache, und es wurde darauf hingewiesen, dass das VoC-Paradigma gerade deshalb für europäische Sozialdemokratien so attraktiv gewesen sei, weil es einen Ausweg

erlaubte, um auch unter Bedingungen verschärfter Standortkonkurrenz an stärker koordinierten Regulationsmodi festzuhalten. Wiewohl man dies gegen den 'reinen', auf Deregulierung fixierten Neoliberalismus in Stellung gebracht habe, habe man damit dessen Kern, die Erklärung von Wettbewerbsfähigkeit zur alleinigen Zielgröße, doch „geschluckt“. Die Frage, inwiefern sich der Kritik durch alternative, verschiedene Ebenen unterscheidende und andere Faktoren berücksichtigende Modelle tatsächlich abhelfen ließe, blieb aber im Ergebnis weitgehend offen.

Richard Hyman trug in seinem Plenumsvortrag über „Trade Unions and the Crisis“ Ergebnisse aus aktueller empirischer Forschung in diversen Ländern zusammen. Für ein Szenario neuer sozialer Konflikte fanden sich dabei ebenso Anzeichen wie für eines des verstärkten sozialpartnerschaftlichen Agierens – zur Zeit sei das Bild uneinheitlich und widersprüchlich, und es könne durchaus sein, dass es im Sinne eines „konfliktpartnerschaftlichen“ Arrangements auch so bleibe. Die Gewerkschaften seien gut beraten, ihre eigenen Widersprüche zwischen internationaler Solidarität und Stützung von Standortpolitik, zwischen langfristigen Zielen und kurzfristigen Zwängen zu bearbeiten und den Moment der Delegitimierung der Gegenseite zu nutzen, um neben Umverteilung auch Wirtschaftsdemokratie als zentrales Thema auf die Agenda zu setzen.

Die Panels am Vormittag des zweiten Tages beschäftigten sich verstärkt mit den Perspektiven der kapitalistischen Entwicklung in und nach der derzeitigen Krise. Dabei standen parallel die Themen „informationeller Kapitalismus“ (Panel 5), Auswirkungen veränderter kapitalistischer Formationen auf die Sozialstruktur (Panel 6) und auf die Konstitution von Subjekten (Panel 7) sowie kapitalistische Legitimationskrisen (Panel 8) zur Debatte. Im Panel zu „Kapitalismus und Subjektivität“ stand der Begriff der *Subjektivierung* im Zentrum. Neben der Frage, was hierunter zu verstehen sei, wurden vor allem hinsichtlich der Verortung von Widerstandspotentialen Differenzen deutlich. Den Anfang machte hier Günter Voß (Chemnitz), der die maßgeblich von ihm vertretene These der „Subjektivierung von Arbeit“ als erweiterter (Selbst-)Ausbeutung menschlicher Natur und Teil einer den gegenwärtigen Kapitalismus kennzeichnenden gesellschaftlichen Entstrukturierungsdynamik begründete. Es stelle sich verstärkt die Frage nach der menschlichen „Lebendigkeit“ als möglicher Ressource von Widerstand. Die Voßsche These gab denn auch die Folie ab, an der sich der Großteil der folgenden Diskussion abarbeitete – Stephan Voswinkel (Frankfurt) forderte einen erweiterten Arbeitsbegriff und die Berücksichtigung der Rolle von Arbeit für Anerkennung und Identität ein, Martin Kuhlmann (SOFI) eine Perspektive, die sozialstrukturelle Differenzierungen in den angenommenen Auswirkungen von „Subjektivierung“ anerkenne, und Sabine Pfeiffer (ISF) mahnte ein dialektisches Vorgehen an, das hinsichtlich des Subjekts zwischen Arbeitskraft und Arbeitsvermögen unterscheiden müsse. Ulrich Bröckling (Halle) vertrat dagegen ein gänzlich anderes Verständnis von Subjektivierung: Wer Marx' Identifizierung des Kapitals als „automatisches Subjekt“ ernst nehme, müsse von jedem starken Subjektbegriff Abschied nehmen und aufhören, Subjektivität bei den Individuen zu suchen, die immer nur Produkt der prozessierenden Logik der Verhältnisse sein könnten. Die von Voß unterstellte „Kolonialisierung“ des Menschen setze voraus, dass es überhaupt etwas zu kolonisieren – einen „ursprünglichen Subjektkern“ – gebe. Ausgehend von Althusser und Foucault sei Subjektivierung daher als Weise der Adressierung und Formung von Individuen zu verstehen, als „Modus des Sich-zu-sich-selbst-in-Beziehung-Setzens“. Statt von großen Kampfbegriffen wie „Kapitalismus“ und „Neoliberalismus“ auszugehen, solle die Soziologie besser genaue Beschreibungen der Formationen so verstandener Subjektivierung mit ihren je eigenen Anrufungen und Technologien liefern. Die Frage nach Widerstand mache in diesem Zusammenhang keinen Sinn, weil dieser nicht auf Befreiung von der

Subjektivierung, sondern immer nur auf die Etablierung alternativer Subjektivierungstechnologien zielen könne. Silke van Dyk (Jena) kritisierte an beiden Verständnissen von Subjektivierung, dass sie die Assimilation kritischer Potentiale durch die kapitalistische Verwertungslogik allzu pauschal unterstellten und damit zu stark vom Facettenreichtum sowohl der Mechanismen des Systems als auch der Subjekte selbst abstrahierten. Zu fragen sei demgegenüber auch und gerade nach den Potentialen für Widerstand und Organisation gegen den Kapitalismus, die gerade aus Subjektivierungsprozessen hervorgingen.

Im abschließenden Plenum erinnerte Christoph Scherrer (Kassel) zunächst daran, dass die aktuelle Krise eine globale sei. Aktuelle politische und wissenschaftliche Debatten konzentrierten sich allzu oft auf die Ursachen und Folgen der Krise in den kapitalistischen Zentren. Anschließend reflektierte Hans-Jürgen Urban vom geschäftsführenden Vorstand der IG Metall auf das Verhältnis zwischen kritischer Wissenschaft und Gewerkschaften und benannte mögliche Schnittstellen für dessen Revitalisierung, die für beide Seiten ein wichtiger Schritt aus der Defensive sein könne. Ein erstes gelungenes Beispiel sei die viel beachtete Jenaer Studie über „Strategic Unionism“, durch die die angelsächsische Debatte über Bedingungen und Probleme strategischer Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften zugänglich und anschlussfähig gemacht wurde. Diese Erkenntnisse gelte es angesichts einer Vielzahl von Herausforderungen zu nutzen, unter denen die drängendste und für die kommenden Jahre prägende in seiner Sicht der Konflikt um die Verteilung der Krisenlasten sei. Hier müssten die Gewerkschaften realistischerweise darum kämpfen, „nicht gänzlich unter die Räder zu geraten“. Wenn die Wirtschaft wieder wachse, müsse man mit einer „Prekaritätsexplosion“ rechnen, wodurch gerade die Bereiche gewerkschaftlicher Handlungsunfähigkeit zuungunsten ihrer Hochburgen anwüchsen. Zudem sei das automatisch gegebene institutionalisierte Machtpotential der Gewerkschaften im „deutschen Modell“ inzwischen weitgehend aufgezehrt und ein Erhalt des bisherigen Einflusses ohne einen Zuwachs an Organisationsmacht infolge steigender Mitgliederzahlen nicht denkbar. Umso wichtiger sei damit die institutionelle Absicherung von Mobilisierungserfolgen. Das setze eine selbstkritische Praxis voraus, bei der die Arbeitssoziologie wertvolle Hilfe leisten könne – etwa in Fragen der Mitbestimmung, die sich – ähnlich wie von Colin Crouch für die politischen Institutionen festgestellt – in einem „postdemokratischen“ Zustand fortschreitender innerer Aushöhlung befänden, der sie vielleicht stärker beschädigt habe als alle politischen Angriffe von außen. Zudem seien die Erkenntnisse kritischer Wissenschaft hilfreich, um die neue Qualität des entstehenden „Krisenkorporatismus“ zu begreifen. Gegenüber dem „herkömmlichen“ Wettbewerbskorporatismus sei die Position der Arbeit noch weiter geschwächt, die Gewerkschaften fänden nur als „Krisenmoderator“ überhaupt noch Gehör. Umso dringender stelle sich in strategischer Sicht die Notwendigkeit einer Intensivierung der Debatte über Wirtschaftsdemokratie. Diese müsse sich, soviel sei klar, unter den Bedingungen des globalisierten Kapitalismus auf mehreren Ebenen abspielen. Jedoch könne sie kein Selbstzweck sein, sondern beziehe ihre Legitimation aus den Zielen, die man auf wirtschaftsdemokratischem Wege zu erreichen sucht – und hier stehe an erster Stelle, „den Shareholder Value zu knacken“, dessen Status als Maß aller Dinge in den Unternehmen sich zu einem neuen „stahlharten Gehäuse der Hörigkeit“ entwickelt habe. Parallel dazu wachse allerdings auch die Bedeutung und das Konfliktpotential der Kämpfe um die Bedingungen sozialstaatlicher Sekundärverteilung. Als Verbund, der all diese Kämpfe führen und darin bestehen kann, seien die Gewerkschaften allein mit Sicherheit überfordert – es brauche dringend einen neuen „kollektiven korporativen Akteur“, den Urban provisorisch als „Mosaiklinke“ bezeichnet.

Nimmt man an, dass all diese von Urban aus der Gewerkschaftsperspektive benannten praktisch-politischen Herausforderungen zugleich auch analytische Herausforderungen an eine kapitalismustheoretisch fundierte Arbeitssoziologie sind, so hat die Jenaer Konferenz sicher zunächst mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet, könnte aber den Startpunkt für eine Reihe von wichtigen und mittlerweile überfälligen wissenschaftlichen Diskussionen gesetzt haben.

Hinweis:

Interessierte können die auf Video aufgezeichneten Diskussionen der Konferenz mittlerweile aus dem Internet herunterladen: http://www.soziologie.uni-jena.de/Lehrst%C3%BChle/Arbeits_Industrie_und_Wirtschaftssoziologie-p-57179/Veranstaltungen/Bringing_capitalism_back_in!.html

(vereinfachte URL: <http://tinyurl.com/yggej2o>)